

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Vorstand)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 85/86.

Berlin, Sonnabend, 21. Oktober 1916.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Regelung der Kartoffelversorgung. — Die neue deutsche Schule. — Aus der Tätigkeit der Prüfstelle für Erbsenlieferer. — Die Bestrafung des Kriegsbüchlers. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbandsrat. — Anzeigen.

Die Regelung der Kartoffelversorgung.

Das deutsche Volk ist gewiß fest entschlossen, bis zum äußersten durchzuhalten, so groß auch die Opfer und Entbehrungen sind, die von ihm verlangt werden. Daß aber ausgerechnet im Monat Oktober es an Kartoffeln fehlte, die das Hauptnahrungsmittel bilden, das hat denn doch einen Grad von Unwillen, ja Erbitterung erzeugt, der kaum noch gesteigert werden konnte. Im Reichsrat hat dies zu einer ausgiebigen Aussprache geführt, veranlaßt durch mehrere von fast allen Parteien eingebrachte Interpellationen, und es darf wohl gehofft werden, daß nach den an Deutlichkeit nicht zu wünschenden übrig lassenden Auseinandersetzungen für die Zukunft ein für allemal diesen unheilvollen Zuständen ein Ziel gesetzt wird.

Selegnet werden konnte die Kartoffelnot von einer Seite, welchen politischen Standpunkt die einzelnen Redner auch einnahmen. Ebenso ersuchte völlige Einmütigkeit, daß derartige Zustände beseitigt werden müssen und sich nicht wiederholen dürfen. Nur über die Ursachen und Mittel ihrer Beseitigung gingen die Ansichten auseinander. Im wesentlichen das Richtige dürfte der fortschrittliche Abgeordnete Hoff getroffen haben, der selbst ein Bauernsohn, die Interpellation seiner Partei mit Geschick und Sachlichkeit vertrat. Er würdigte die Notwendigkeit einer regelmäßigen Versorgung der großen Städte und Industriezentren, wies auf die Hindernisse einer rechtzeitigen und gleichmäßigen Verteilung hin und erkannte die Schwierigkeiten an, mit denen die Landwirtschaft dabei zu kämpfen hat. Ebenso aber ernte er vor den gefährlichen Mahnungen einsehender landwirtschaftlicher Instanzen zum passenden Widerstand, die die Not nur zu vergrößern geeignet sind.

Es würde zu weit führen, hier auf die Einzelheiten der Debatte näher einzugehen. Das wichtigste Moment ist die Antwort, die der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Herr v. Batocki, gegeben hat. Sie gipfelt in der Hauptsache darin, daß er unter Anerkennung des herrschenden Notstandes, von dem selbst das Kriegsernährungsamt erfaßt sei, darauf hinwies, daß es den Landwirten zurzeit an den genügenden Arbeitskräften fehle, wegen der Einberufung der Männer, der Einnahme der Pferde und der nicht ausreichenden Wahrung von Kriegsgefangenen. Nicht unverständlich für die Stockung in der Kartoffelversorgung sei auch die schlechte Witterung, die die Ernte in mehrere Wochen verzögert hat. Trotzdem sei es Kriegsernährungsamt fest entschlossen, die bestehenden Schwierigkeiten so schnell wie möglich zu beseitigen, andererseits aber auch dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung in die Lage kommt, ihren Vorrat an Kartoffeln zu decken. Unter allen Umständen aber müsse im Kartoffelverbrauch die höchste Sparsamkeit angewandt werden, so daß die Kartoffelernte nicht so reichlich ausgefallen wie nach den ersten Angaben erwartet werden sollte. Zur Förderung der Sparsamkeit dürften Viehfütterung keine Kartoffeln verwendet werden; der Sandel mit Saatkartoffeln müsse vorzuzug unterbleiben. Den Brennereien würden Kartoffeln nur insoweit zugeordnet werden, wie es der Bedarf an Spiritus verlange. Vor allen

Dingen aber, und damit dürfte Herr v. Batocki eine schwere Sorge vom Volke genommen haben, erklärte er mit aller Bestimmtheit, daß die Landwirte in diesem Jahre auf keinen Fall damit rechnen dürften, daß die Höchstpreise noch weiter heraufgesetzt würden. Bekanntlich hat die Aussicht auf Steigerung der Höchstpreise im vorigen Jahre dazu geführt, daß die Landwirte mit ihren Kartoffelvorräten zurückgehalten haben. Eine Spekulation auf ähnliche Maßnahmen in diesem Jahre wäre also verfehlt.

Es darf wohl erwartet werden, daß diese zeitgemäße Ankündigung ihre Wirkung auf die landwirtschaftlichen Kreise nicht verfehlt. Es soll auch ausgegeben werden, daß mittlerweile die Kartoffelversorgung eine bessere geworden ist. Die Hauptsache ist, daß für die Zukunft sich solche Vorkommnisse nicht wiederholen, sondern daß seitens des Kriegsernährungsamtes rechtzeitig alle Vorkehrungen getroffen werden, um dem Volke wenigstens die Kartoffel in ausreichenden Mengen zur Verfügung zu stellen. Am guten Willen zweifeln wir nicht; hinter den Willen aber muß die energische Tat gesetzt werden. Mit solchen Redensarten kann man die Bevölkerung nicht satt machen.

Inzwischen hat das Kriegsernährungsamt eine Verfügung erlassen, die die Versorgung mit Kartoffeln sicherstellen und gleichzeitig eine Verknappung von Vorräten verhüten soll. Die Kommandobehörden werden durch diese Verfügung darauf hingewiesen, daß bis zum 15. August 1917 nicht mehr als 1½ Pfund Kartoffeln für den Tag und den Kopf der Bevölkerung durchschnittlich verwendet werden dürfen. Auch den Kartoffelerzeugern wird kein höherer Satz bewilligt. Um aber der schwer arbeitenden Bevölkerung eine Erleichterung zu verschaffen, ist im allgemeinen der Tagesatz auf höchstens 1 Pfund Kartoffeln festgesetzt, während den Schwerarbeitern eine tägliche Zulage bis 1 Pfund, insgesamt also bis 2 Pfund Kartoffeln zugebilligt worden sind. Das Verfügen von Kartoffeln, Kartoffelmehl und Erzeugnissen der Kartoffelzuckererei ist verboten, abgesehen von solchen Kartoffeln, die zu Speisezwecken und zur Verwendung in Fabriken nicht brauchbar sind. Auch noch einige andere Einschränkungen werden in dieser Verfügung getroffen.

Es darf nicht verkannt werden, so heißt es darin weiter, daß diese Vorschriften für manchen nichtschwerarbeitenden Verbraucher eine Einschränkung seiner Ernährung bedeuten, daß vornehmlich aber durch die neuen Vorschriften der Landwirt betroffen wird. Es ist aber unbedingt erforderlich, alle anderen Rücksichten zurücktreten zu lassen und lediglich Vorkehrungen zu treffen, die das Durchhalten mit Kartoffeln bis zur neuen Frühkartoffelernte unter allen Umständen sichern. Das genaue Ergebnis der Herbst-Kartoffelernte kann erst durch eine Bestandsaufnahme ermittelt werden. Graub diese ein besseres Resultat, als jetzt vorsichtigerweise angenommen werden muß, so werden die heute abotenen Vorschriften gemildert werden können. Bis dahin aber müssen die geschilberten Anordnungen in Kraft bleiben, denn nur durch sie allein wird die Gewähr aboten, daß auch unter den schwierigsten Ernteverhältnissen genügende Mengen Speisekartoffeln vorhanden sind und daß diese Mengen derart verbraucht werden, wie es die Interessen des deutschen Volkes und die Interessen der Seeresverwaltung gebieterisch fordern.

Wir glauben, daß diese Maßnahmen zweckmäßig sind, und verzichten zunächst auf eine Kritik, bis wir uns von dem Erfolge überzeugt haben. Unbedingt notwendig ist es aber, daß das Kriegsernährungsamt diese wichtige Frage dauernd im Auge behält und auch sonst die Lebensmittelförderung ohne Rücksicht auf Sonderinteressen mit der peinlichsten Aufmerksamkeit verfolgt, damit der Wille des Volkes zum Durchhalten und damit die Vorbedingung für einen endgültigen Sieg nicht untergraben wird.

Die neue deutsche Schule.

Sie hat ihren reichlichen Teil mit dazu beigetragen, daß wir die Riesenerfolge gegen die ungeheure feindliche Uebermacht davontragen konnten. Die deutschen Soldaten sind durch die deutsche Schule gegangen, und diese hat in dem großen Kampfe ihre Probe mit bestanden. So haben wir jetzt zum Teil die Früchte unserer Schulziehung geerntet. Obwohl wir den Ruf genossen, das Land der Schulen und Kasernen zu sein, hat es doch nicht an Stimmen gefehlt, die unserer Schule ein scharfes und absprechendes Urteil sprachen, die sie nicht selten ganz und gar verdammt. Auf keinem anderen Gebiete hat es ferner so von Reformvorschlügen aller Art gewimmelt wie auf dem der Erziehung. Pädagogische Himmelsstürmer haben oft neue Weisheiten laut verkündigt, haben das Alte verworfen und Neues an seine Stelle setzen wollen. Ein munterer Kampf um Schulreformen ging durch das ganze Land. Jetzt in und nach dem Kriege stehen wieder viele auf und rufen recht nach der neuen Schule, die vor allen Dingen eine deutsche sein müsse und von der die Zukunft des deutschen Volkes abhängt.

An und für sich ist es uns nur mit Freude zu begrüßen, daß man auch jetzt, mitten im Kriege, den Erziehungsfragen ein so starkes Interesse entgegenbringt. Haben doch auch in der schwereren Zeit Breukens vor 100 Jahren bedeutende Männer wie Stein, Humboldt, Fichte dem Könige bedeutet, es müsse eine neue Erziehung einleiten, wenn es wirklich besser werden solle. Aber genau so wie vor dem Kriege, werden wir uns jetzt in und nach dem Kampfe vor allen Dingen Klarheit und Besonnenheit bewahren müssen. Es werden viele sich widerstreitende Meinungen laut; jeder glaubt, daß gerade seine Forderung die wesentliche und rechte sei, so daß Ueberlegung und Prüfung ganz besonders vonnöten sind.

Eine neue deutsche Schule gilt es zu schaffen. Schön; da lohnt es sich schon, dieser Bewegung seine volle Aufmerksamkeit zu leihen. Da fragen wir zunächst: Brauchen wir überhaupt eine neue Schule? Darauf können wir ebenso gut mit ja wie mit nein antworten; es kommt ja doch darauf an, was man unter dem Begriffe versteht. Sehr mit recht werden die einen sagen: Wir haben die deutsche Schule bereits. Denn im Grundföhlischen sind wir bisher durchaus den rechten Weg eingeschritten. Beweis: Wie die allgemeine Befruchtung herrscht bei uns vor allem die allgemeine Schulpflicht. Das ist eben das wichtige Moment in unserer Erziehung, daß wir jedes einzelne Glied unseres Volkes erfassen, daß es völlige Analphabeten bei uns nur in verschwindenden Ausnahmefällen gibt. Bis zu einem gewissen Grade geistlicher Bildung wird bei uns jeder gebracht. Außerdem forat eine Fülle von höheren Schulen für eine tiefere Bildung. An der gebildeten Oberfläch fehlt es ja wohl auch bei den andern Kulturvölkern nicht, aber wir stehen in dieser Hinsicht sicher mit am günstigsten da. Außerdem dürfen wir uns einer sehr reichen Organisation unseres gesamt-

ten Schulwesens erfreuen. Für die verschiedenen Begabungen ist gesorgt, und auf gesonderten Wegen kann jeder zu seinem besonderen Ziele gelangen. Auch der innere Schulbetrieb steht auf einer hohen Stufe. Die Methodik in den einzelnen Fächern entspricht den Gesetzen der Psychologie; die alte Verniskule ist überlebt und an ihre Stelle ist die Erziehungs- und Arbeitsschule getreten, die nicht Kenntnisse aufstrotzen, sondern die den Schüler zur Selbsttätigkeit erziehen will.

Das sind die bewährten Grundsätze der heutigen Schule. An ihnen wird niemand etwas ändern wollen. Trotzdem haben diejenigen, die eine neue deutsche Schule fordern, nicht unrecht. Denn tatsächlich hat der Krieg den Blick für einige Erziehungsgrundsätze geschärft, die doch in Zukunft nicht übersehen werden dürfen. Der Nachdruck wird jetzt mehr als je auf das Heimort der utschischen Schule zu legen sein. Ja, was will das sagen? Es soll betonen, daß unsere Schüler dazu gebracht werden, daß sie deutsches Wesen verstehen und verwirklichen lernen. Wie jeder Mensch, so hat jedes Volk seine Eigenart, wir Deutschen ganz bestimmt die unsere. Diese muß der Schüler erkennen lernen, nicht durch Vorreden, sondern durch Sineinleben, damit er einst in dieser deutschen Weisheit aufsteht. Drum ist es nötig, daß die deutsche Sprache, die die deutsche Eigenart erschließt, mehr als bisher betont wird. Das bezieht sich auf unsere Volksschulen, aber ganz besonders auf die höheren. Ohne fremdländisches Wesen zu verachten, muß sich der Schüler doch erst in das seines Volkes hineinleben, und dazu ist wieder eine stärkere Berücksichtigung der heimischen Literatur nötig. Zum zweiten müssen wir vom Standpunkte deutscher Erziehung eine vertiefte politische Erziehung verlangen. Dieser Krieg hat es bewiesen, daß uns vielfach die politische Schulung abgeht, daß viele von uns gar kein Verständnis und Interesse für die volkswirtschaftlichen Zustände und die politischen Zusammenhänge haben, die doch das Geschick eines Volkes wesentlich mit bestimmen. Daher mehr politische Schulung! Mehr Staatsbürgerliche Erziehung, auf die besonders in Geographie und Geschichte hingearbeitet werden muß. Zum dritten muß unser Schulwesen noch mehr vereinfacht, in enger Zusammenhang gebracht werden. Es muß auch dem befähigten Volksschüler möglich sein, in die höhere Schule überzutreten, es muß im Volksinteresse überhaupt mehr als bisher für den Aufstieg der Begabten getan werden.

Der Reichskanzler hat in seiner letzten Rede verheißt: Freie Bahn dem Tüchtigen! In diesem Kriege geht uns unendlich viel an hervorragender Menschenkraft verloren. Es wird in Zukunft, wo wir sie gerade recht brauchen, an tüchtigen Menschen fehlen. Wir dürfen uns daher im Interesse des Vaterlandes nicht den Luxus weiter gestatten, die guten Begabungen und Talente vielfach brach liegen zu lassen, nein, sie müssen alle an die vorderste Front des nationalen Lebens. Dazu brauchen wir aber die allgemeine Volksschule und zwar in einer Form, wie sie Klein und Tetz vorschlagen, mit etwa sechs Elementarlassen, auf die sich die höhere Schule erst aufbaut. In diesen sechs Jahren lassen sich die einzelnen Begabungstypen mit einiger Sicherheit erkennen und der Anschluß an die höhere Schule bleibt bis zum 12. Jahre jedem gewahrt. Ist die gute Begabung vorhanden, so darf Anmut kein Hindernis sein, den Schüler in irgend eine höhere Schule zu bringen. Dann muß eben der Staat, der sein größtes Interesse daran hat, helfen. Die allgemeine Volksschule wurde schon lange gefordert, aber sie hatte wenig Aussicht auf Verwirklichung. Danken wir es dem Kriege, daß er vielen die Augen für ihre Notwendigkeit geöffnet hat; jetzt dürfen wir hoffen, daß sie in Erscheinung treten wird, nicht als geringstes Merkmal der neuen deutschen Schule.

Das sind die Hauptforderungen, die der Krieg gelehrt hat zu stellen. Wir müssen sie unbedingt in unser Bildungsprogramm aufnehmen und können versichert sein, daß sie nach ihrer Verwirklichung zum Segen unseres Volkes ausfallen werden, ebenso wie unsere bisherige sorgfältigere Erziehung schon reiche Früchte gebracht hat.

Rektor R. Soche.

Aus der Tätigkeit der Prüfstelle für Ersatzglieder.

Die vom Verein deutscher Ingenieure im Februar d. J. begründete Prüfstelle für Ersatzglieder in Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11-12, kann nunmehr auf eine halbjährige Tätigkeit zurückblicken. Sie hat in dem verflossenen Zeitraum in der von ihr eingerichteten

Wertstatt die ihr bisher eingeladenen Ersatzglieder, d. h. Arme, Gebrauchshände, Beine und Anstaltliche, am lebenden Menschen, und zwar an geübten, vollständig geheilten, schmerzfreien in ihrem Beruf geschickten und arbeitswilligen Fabrikarbeitern, durch ihren technischen Beamtensstab prüfen lassen. Wie technisch und wissenschaftlich einwandfrei sie bei dieser Prüfung vorgeht, zeigt der Umstand, daß alle veränderlichen Größen, d. h. die zur Verwendung gelangenden Maschinen und Werkzeuge, der arbeitende Mensch und die ihm angepaßten Bandagen, vorweg in ihrer Wirkung auf das genaueste bestimmt sind, so daß lediglich das Ersatzgerät zwischen Arm- bzw. Bein stumpf und Werkzeug als einzige veränderliche und zu prüfende Größe übrig bleibt.

Die Prüfstelle hat 16 Arme in ununterbrochener Ueberwachung der mit dem Ersatzarm versehenen Arbeiter bei der Arbeitsausführung durchprüfen lassen und hatte Ende August noch 19 weitere Arme in Prüfung. Außerdem wurden drei Gebrauchshände und 4 künstliche Beine geprüft, während über 5 weitere die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist. Dazu treten eine Anzahl von Ersatzfüßen, wie Greifwerkzeuge, Arbeitsklauen sowie sog. Radialischiemen. Zu den geprüften Armen gehören u. a. solche der Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H. in Nürnberg, der Deutschen Rotamerke m. b. H. in Aachen, der Firma Emil Jaegerberg, Düsseldorf, der Carnes Artificial Limb Company in Kansas City (Amerika), eine magnetische Hand der A. E. G., sowie eine Anzahl von Armen, die von Stabsärzten einzelner Reserve-Lazarette und von Sanitätsärztern konstruiert worden sind. Außer rein werktätlichen Untersuchungen werden von der Prüfstelle auch von außerhalb eingehende schriftliche Anträge von Erfindern bearbeitet, denen nicht die genügenden Mittel zur Verfügung stehen, Modelle anzufertigen, die aber der Meinung sind, einen besonderen Gedanken zur Kenntnis der Allgemeinheit bringen zu sollen.

Zu diesen Arbeiten des Prüfungsamtes sind in letzter Zeit noch einige weitere getreten. Das Sanitätsamt des Gardekorps hat der Prüfstelle die Aufgabe zugewiesen, alle Amputierten aus den dem Sanitätsamt unterstellten Lazaretten vor der Beschaffung von Ersatzgliedern bei der Wahl der für ihren Beruf und den Grad der Amputation geeigneten Ersatzglieder zu beraten. Es wurden innerhalb des halben Jahres 345 Amputierte beraten. Ebenso hat das Reichsamt des Innern die Prüfstelle mit der Bearbeitung von Normalien für die Befestigung der Anstaltliche an dem Ersatzarm betraut, welche große und schwierige Arbeit schon heute in vollem Umfang geäußert ist. Ueber die Arbeit der Prüfstelle im einzelnen unterrichten von Zeit zu Zeit herausgegebene Merkblätter. Ein gemeinsames mit der Verwaltung der Ständeaussstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg demnächst herauszubehendes Handbuch über Bau, Herstellung und Verwendung von Ersatzgliedern und Arbeitshilfen für Kriegsbeschädigte und Unfallverletzte soll eine objektive Darstellung dieser Ersatzglieder, die Ergebnisse der Prüfstelle sowie die mit den Gliedern auch in der Praxis gemachten Erfahrungen wiedergeben. Der Vorsitzende der Prüfstelle ist Senatspräsident im Reichsversicherungsamt von. Prof. Dr. v. Anz. Konrad Kortmann, Berlin-Grunewald, der Geschäftsführer Prof. Dr. v. Anz. Georg Schellinger, Technische Hochschule Charlottenburg.

Die Bestrafung des Kriegswüthers.

W. Die Knappheit der Lebensmittel hat zu einer steigenden Erregung der Bevölkerung über den Kriegswüthung geführt, der trotz aller Maßnahmen der Behörden sich weiter breit macht. Zahlreiche notwendige Gebrauchsgegenstände und besonders auch die Lebensmittel sind in einer Weise verteuert, die man nicht anders als wucherische Preistreiber bezeichnen kann. Ueber die Erfolglosigkeit jener Maßnahmen und ihre Ursachen ist schon oft gesagt, aber ganz gewiß trifft es nicht zu, wie in der breiten Masse vielfach geglaubt wird, daß es der Polizei und den Gerichten an einer ausreichenden Handhabe zum Einschreiten fehle, daß die Strafen zu mild seien. Das sind sie nicht. Wenn auch die in Betracht kommenden Bundesratsverordnungen und das Deutsche Strafgesetzbuch für Lebensmittelwüthung keine Prügelsstrafe aussehen, die vielfach als wünschenswert gefordert wird, so können doch gegen jene Wüthungen unserer Kriegsnot, die sich an dem allgemeinen Mangel zu bereichern suchen, derart kräftige Strafen ausgesprochen werden, daß ihnen die Lust zu Preistreibern vergeblich würde, wollte man diese Strafen anwenden.

Es wird vielfach angenommen, daß es nur möglich sei derartige Wüthungen im Höchstfalle zu 10 000 Mk., einem Jahre Gefängnis und Ehrenverlust zu verurteilen. Auch das ist immerhin eine strenge Sühne; aber man wünscht, daß es auch möglich sein müsse, dem Wüthung seinen gesamten Gewinn wieder abzunehmen.

In dieser Beziehung scheinen auch in juristischen Kreisen hier und da irrige Anschauungen zu herrschen. Die „Köln. Ztg.“ weist daher in Nr. 914 auf eine Entscheidung des Reichsgerichts hin, die in der „Juristischen Wochenschrift“ vom 15. August dieses Jahres veröffentlicht ist. Das Reichsgericht wendet sich in seinem Urteil dagegen, daß die mehrfache Uebertretung der Kriegswüthungsgesetze ohne weiteres als eine einzige strafbare Handlung angesehen wird. Um einen, wie der Jurist sagt, Fortsetzungszusammenhang zu begründen, genügte keineswegs, daß der Täter bereits bei der ersten Verfehlung entschlossen gewesen sei, bei weiteren Verfehlungen sich in gleicher Weise zu verhalten. Wer also mehrfach das Höchstpreisgesetz oder die Preissteigerungsverordnung übertreft, kann, wie ein Jurist in der „Köln. Ztg.“ erörtert, nicht nur mit einem Jahre Gefängnis, sondern auf Grund des Deutschen Strafgesetzbuches bis zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt werden. Von derselben Seite wird betont, daß auch für die Einziehung des Wüthungsgewinnes eine genügende Handhabe vorhanden sei. Das Gesetz sieht zwar keine eigentliche Einziehung des unrechtmäßigen Gewinnes vor, es führt aber zu einem noch schärferen Ergebnis. Der Jurist weist darauf hin, es sei nicht richtig, daß das Höchstmaß der Geldstrafe nur 10 000 Mk. betrage. Vielmehr sei nach der ausdrücklichen Vorschrift des § 5 der Preissteigerungsverordnung des Bundesrats die Geldstrafe mindestens auf das Doppelte des übermäßigen Gewinnes zu bemessen, der erzielt worden ist oder erzielt werden sollte. In gleicher Weise bestimme der § 6 des Höchstpreisgesetzes, daß die Geldstrafe mindestens auf das Doppelte des Betrages zu bemessen sei, um den der Höchstpreis überschritten sei oder überschritten werden sollte. Nur für Fälle, wo eine lediglich fahrlässige Uebertretung der Höchstpreis beziehungsweise Bewehrung in Frage stehe, sei das Höchstmaß 10 000 Mk.

Also wo vorsätzlich ein Höchstpreisüberschreitung oder Preiswüthung stattgefunden hat, ist nach diesen Erörterungen der Geldstrafe eine höchste Erlangung erlangte Gewinn fällt an den Staat, vielmehr gilt das Doppelte dieses Gewinnes als das Mindestmaß der Strafe. Neben der Geldstrafe ist außerdem nach der Vorschrift des Gesetzes noch auf Einziehung der Rente zu erkennen, die der Täter in seinem Besitz hatte, ohne Unterschied, ob sie ihm gehören oder nicht.

Wie es scheint, ist man in manchen juristischen Kreisen der Ansicht, daß sich unsere strafverfolgenden Behörden in die Kriegswüthungsgesetzgebung noch nicht eingelebt haben. Wichtigstens deutet das der Jurist des großen rheinischen Blattes an, und er weist gleichzeitig darauf hin, daß diese Gesetzgebung technisch nicht ganz einfach sei. Auch wird darüber geflagt, daß das Gesetz bei Feststellung des übermäßigen Gewinnes die Marktlage berücksichtige, während doch gerade diese leicht durch wucherische Treiberereien bestimmt werden könne. Das Reichsgericht hat jedoch in seiner Rechtsprechung festgestellt, daß die Marktlage berücksichtigen keineswegs gleichbedeutend sei mit dem Satz: mit dem Marktpreise gehen. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts soll als Marktlage nur das normale Produkt der Kriegswirtschaftsverhältnisse angesehen werden und nur dieses soll dem Kaufmann einen Maßstab für seine Preisbemessung bilden.

Bei einer derartigen Auffassung ist also ein sehr empfindliches Vorgehen gegen jede Art von Wüthung möglich. Würden die Gerichte sich bei ihrer Urteilsfällung auf diesen Boden stellen, so würden die Maßnahmen gegen den Wüthung in ganz anderer Weise abstrafend wirken, als es bisher der Fall war. Und die Strafen sollen doch nicht nur eine Sühne sein, sondern sie sollen auch durch Furcht vor ihrer Härte, wenigstens auf dem Gebiet des Kriegswüthung, von Verfehlungen gegen die entsprechenden Verordnungen und gesetzlichen Bestimmungen zurückhalten. Eine milde Beurteilung gemeingefährlicher Wüthung versteht man im Volke nicht, und sie liegt auch schwerlich in der Absicht der Bundesratsverordnungen und ähnlicher Maßnahmen der für unsere heute so ungemessen schwierigen Lebensmittelpolitik verantwortlichen Behörden.

Die...
Cie d...
durch d...
und be...
als Ver...
Gewerks...
Erfolg...
Kollegen...
vereins...
und für...
der auf...
mache...
wurden...
Der...
ein aus...
man n...
Ausdruck...
wurden...
Nur...
über ein...
des Ver...
machte...
feinen in...
lichen B...
General...
arbeiter...
des Gen...
Gewerks...
Kollege...
sich die...
und die...
Vereinig...
diesbezüg...
Lember...
Kol...
Reise für...
Ortsver...
heit bot...
schen Ein...
vom Kol...
Unterri...
brachten...
auf, in d...
vertreter...
Ein...
sprechend...
lage der...
Den...
ein Frage...
Frage d...
A r e i...
ausländi...
zu Jahr...
fluß auf...
Deutsche...
dem Kri...
überleben...
einer gri...
den; des...
ins Aug...
nicht dur...
ber deut...
können i...
etwa die...
sperrt w...
von ihre...
machen...
mehr vor...
müßten...
werden...
gelsen...
Material...
später a...
können...
Ueberein...
autragt...
um dann...
Schritte...
Zur...
Mitteteil...
Es i...
nach den...
vom 3. S...
gewähr...
Markt für...
wenn di...
beiträge...
Krankenf...
Reichsam...
sprechen...
die nach...
tage, abe

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 20. Oktober 1916.

Die Zentralratsung am 13. Oktober eröffnete der neu gewählte Vorsitzende, Kollege Gleichauf, mit Worten des Dankes für das durch die Wahl zum Ausdruck gebrachte Vertrauen und begrüßte sodann den Kollegen Hartmann als Verbandsvorsitzenden, indem er gleichzeitig alle Gewerkschaften zur Mitarbeit aufforderte, um den Erfolg für unsere Sache damit zu sichern. Für den Kollegen Hartmann ist als Vertreter des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer der Kollege Trabert und für den Kollegen Kessel von den Holzarbeitern, der auf längere Zeit beurlaubte Kollege Schumacher in den Zentralrat eintritt. Beide wurden vom Vorsitzenden herzlich begrüßt.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein ausführlicher Bericht des Kollegen Hartmann über die Tätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses. Die von ihm getroffenen Maßnahmen wurden durchweg gebilligt.

Nachdem sodann Kollege Jordan Bericht über einige interessante Vorgänge auf dem Gebiet des Berliner Arbeitsnachweiswesens erstattet hatte, machte Kollege Hartmann im Anschluß an seinen im „Gewerkschaften“ veröffentlichten ausführlichen Bericht noch längere Mitteilungen über die Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter, deren wichtigster Beschluß der Anschluß des Gewerkschaftsvereins als besondere Gruppe an den Gewerkschaftsverein der Fabrik- und Handarbeiter bildete. Kollege Hartmann schilderte noch einmal ausführlich die Gründe, die zu diesem Schritt geführt haben, und die Maßnahmen, die getroffen sind, um die Vereinigung ohne Störung vorzunehmen. Die diesbezüglichen Beschlüsse treten mit dem 1. November d. J. in Kraft.

Kollege Gleichauf hat gelegentlich einer Reise für seinen Gewerkschaftsverein einige süddeutsche Ortsverbände mit besucht, wobei sich auch Gelegenheit bot, die Verbindungen mit dem Württembergischen Eisenbahnerverband fester zu knüpfen. Die vom Kollegen Gleichauf besuchten Orte Heilbrunn, Unterlürkheim, Ulm, Friedrichshafen und Biberach brachten durchgängig aufbelebte Versammlungen auf, in denen auch fast überall die Eisenbahner stark vertreten waren.

Einer Anregung des Kollegen Gleichauf entsprechend erhöhte der Zentralrat die Teuerungszulage der Verbandsbeamten.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Kollegen Hartmann über die Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Redner wies nach, daß die Zahl der ausländischen Arbeiter vor dem Kriege von Jahr zu Jahr gewachsen sei, und daß sie nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse im Deutschen Reich war. Wie sich die Zustände nach dem Kriege gestalten werden, läßt sich noch nicht übersehen. Immerhin muß auch dann noch mit einer größeren Zahl von Ausländern gerechnet werden; deshalb ist es am Platze, schon heute die Frage ins Auge zu fassen und Schritte einzuleiten, daß nicht durch die ausländischen Arbeiter die Interessen der deutschen Arbeiter gefährdet werden. Wir können uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß etwa die Ausländer vom Deutschen Reich abgeperrt werden. Immerhin aber sei es notwendig, von ihrer Arbeitskraft erst dann Gebrauch zu machen, wenn keine arbeitslosen deutschen Arbeiter mehr vorhanden sind. Auch in geschäftlicher Beziehung müßten verschiedene Änderungen vorgenommen werden. Redner sprach sich dafür aus, daß die einzelnen Gewerkschaften aus ihren Erfahrungen Material zusammentragen sollen, auf Grund dessen später geeignete Maßnahmen getroffen werden können. In der lebhaften Aussprache trat völlige Uebereinstimmung über die Beurteilung der Frage auf. Der geschäftsführende Ausschluß wurde beauftragt, die Angelegenheit weiter zu verfolgen, um dann bei passender Zeit sofort die nötigen Schritte tun zu können.

Zur Wöchnerinnenunterstützung. Amtlich wird mitgeteilt:

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob das nach den Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom 3. Dezember 1914 und 28. Januar 1915 zu gewährenden Wochengeld von täglich einer Mark für den Sonntag auch dann zu leisten ist, wenn die Wöchnerin für die 6 wöchentlichen Arbeitstage bereits 7 oder mehr Mark von ihrer Krankenkasse erhält. Die Frage ist, wie sich das Reichsamt des Innern in einem Einzelfalle ausgesprochen hat, zu verneinen. Eine Krankenkasse, die nach ihren Satzungen Wochengeld nur für Werkstage, aber in Höhe von mehr als einer Mark zu ge-

währen verpflichtet ist, kann daher auf Ersatz aus Reichsmitteln nicht rechnen, wenn sie auch für Sonn- und Feiertage Wochengeld in der durch die Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1914 vorgeschriebenen Höhe von einer Mark leistet.

Angriffe auf das Koalitionsrecht der technischen Angestellten, über die wir kürzlich berichteten, hatten dem Bund der technisch-industriellen Beamten und dem Deutschen Technikerverband Veranlassung gegeben, das zuständige Generalkommando zu einem Eingreifen zu bewegen. Auf diese gemeinsame Eingabe der beiden Technikerverbände ist vom stellv. Generalkommando des VII. Armeekorps zu Münster folgende Antwort eingegangen: „Auf das gefl. Schreiben vom 18. August d. J. teilt Ihnen das stellv. Generalkommando mit, daß nach den getroffenen Erhebungen von der Gutshoffnungshütte in Oberhausen ein Fragebogen, in dem u. a. auch die Organisationszugehörigkeit der Bewerber festgelegt werden soll, seit Monaten nicht mehr benutzt wird.“

Nach dieser Erklärung ist anzunehmen, daß die Gutshoffnungshütte den Fragebogen bereits auf das Schreiben der Technikerverbände vom 29. Juni 1916 abgeschafft hat. Noch im Mai 1916 ist der Fragebogen mit folgendem Begleit Schreiben verandt worden:

„Vorur wir Ihrem Besuche näher treten, bitten wir Sie um Ausfüllung und Rücksendung des heiligen Fragebogens.“

Die blühende Zusage des Generalkommandos über die Abschaffung des ominösen Fragebogens weist über die Kreise der technischen Angestellten hinaus mit Genugtuung aufgenommen werden.

Ein Rückzug des Deutschen Werkmeister-Verbandes. Gelegentlich der Kölner Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge fand eine Konferenz von Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen statt, die u. a. auch ein Zusammenwirken mit den Selben durch die Annahme folgender Entschließung ablehnte:

„Angeichts der stets erneuten Bestrebungen, die sogenannten gelben Organisationen (Werksvereine, Betriebsvereine, vaterländische Arbeitervereine usw.), die von seiten der Unternehmer gegründet, unterhalten oder unterstützt werden, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in der Vertretung der Arbeiterinteressen während des Krieges gleichzustellen und zur Geltung zu bringen, erklärt die am 23. August in Köln gemeinsam tagende Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände der Generalkommission der Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (D.G.) und der Polnischen Berufsvereinigungen, der Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht sowie des Deutschen Werkmeister-Verbandes, daß sie die gelben Organisationen als unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkennen und das Zusammenwirken mit ihnen bei gemeinsamen Kundgebungen von Arbeiterorganisationen ablehnen.“

Diese glatte Abgabe hat in der organisierten Arbeiterschaft und Angestelltenchaft umso größere Genugtuung gefunden, weil auch der Vertreter des deutschen Werkmeister-Verbandes sich daran beteiligt hatte. Freilich in der „Arbeitgeberz.“ und ähnlich gesinnten Blättern war die Wirkung die entgegengesetzte. Vielleicht hat dies mit dazu beigetragen, daß die „Werkmeister-Z.“ in ihrer Ausgabe vom 29. September folgende Erklärung veröffentlichte:

„Wir stellen hierdurch fest: Zu dieser Sondertagung der Gewerkschaften haben wir, ebenso wie die übrigen Angestelltenverbände, von denen keiner eine Einladung erhalten hatte, keinen Vertreter entsandt, so daß auch niemand die Vertretung hatte, dort irgendwelche Erklärungen namens des Verbandes abzugeben. Trotzdem hat ein Verbandsmitglied ohne irgendwelchen Auftrag und ohne irgendwelche Vertretung der Entschließung der Gewerkschaften zugestimmt. Für den Deutschen Werkmeister-Verband lag ebenso wenig wie für die übrigen Angestelltenverbände eine Veranlassung vor, zu dieser, allein die Arbeiterorganisationen beschaffenden Frage Stellung zu nehmen.“

Demgegenüber muß gesagt werden, daß ein Vertreter des Deutschen Werkmeisterverbandes tatsächlich der Gewerkschaftstagung beigewohnt und sich ausdrücklich für die gegen die Selben gefasste Entschließung erklärt hat. Es handelte sich dabei nicht um irgend ein Mitglied, das etwa als Privatperson dort teilgenommen hätte, sondern um Herrn Kroll, den Leiter der Berliner Geschäftsstelle des Werkmeister-Verbandes, also um dieselbe Persönlichkeit, die bisher bei allen gemeinsamen Beratungen der Arbeiter- und Angestelltenverbände in der Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge als offizieller Vertreter des Deutschen Werkmeister-Verbandes legitimiert war. Außerdem geht aus der neuesten Nummer des Berliner Bezirksorgans des „D. W.“ ebenfalls hervor, daß Herr Kroll

durchaus berechtigt war, auf der Kölner Tagung der Gewerkschaften seinen Verband zu vertreten. Das Berliner Organ „Der Werkmeister“ berichtet in Nr. 39 über eine kombinierte Vorstandssitzung vom 17. September, in der es u. a. heißt:

„Ueber die Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln vom 23. bis 25. August berichtet eingehend Kollege Kroll. Eine Uebersicht über den Bericht ist schon in Nr. 38 „Der Werkmeister“ veröffentlicht worden. Die Ausführungen des Redners erstreckten sich in der Hauptsache auf die Sonderberagung der Arbeiter- und Angestelltenverbände am 23. August und die dort gefassten Beschlüsse. Die kombinierte Vorstandssitzung stimmt den Ausführungen ohne Einwendungen zu.“

Die Berliner Mitglieder haben demnach für die einwandfreie Haltung ihres Vertreters in Köln gegenüber den gelben Werksvereinen ein volles Verständnis gezeigt, und wir möchten der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieses Verständnis auch recht bald Eingang findet in die Hauptleitung des Werkmeister-Verbandes, die sich jetzt noch so entschieden dagegen verwahren zu müssen glaubt.

Nahrungsmittel für Alkohol. Nach unwiderprochenen Zeitungsnotizen trägt sich das Kriegs-ernährungsamt mit der Absicht, den Weinbauern zur Verbesserung des lauren Weins dieses sonnenarmen Jahres nicht weniger als sage und schreibe 170 000 Doppelzentner Zucker zuzuführen! Und das in einer Zeit, wo der Zucker als eines der wertvollsten Nahrungsmittel dienen muß, wo in den Familien überall ein großer Zuckermangel besteht und durch Zuckerkarten jedem Einzelnen sein spärlich Teil zugemessen wird und überhaupt Zucker für die Verteilung oft nicht vorhanden ist. Daß in dieser zuckerrappen Zeit und bei der ganzen schwierigen Lage unserer Lebensmittelversorgung dieses wertvolle Nahrungsmittel nun gleichfalls in so gewaltiger Menge der Alkoholerzeugung zugeführt werden soll, wird bei allen, die heute unter den Ernährungsschwierigkeiten leiden und deren Blick für die Notwendigkeiten unserer Lebensmittelpolitik nicht getrübt ist, Widerspruch finden. Es wird verlangt, den Wein als Traube zu vermehren oder sonst zu verbrauchen, statt an ihn heute Mengen Zucker zu verschwenden, die den Verbrauch von Millionen beden würden. Statt auch große Teile dieses Nahrungsmittels den Weg zum Alkohol wandern zu lassen, sollte man die Weinbauern entschädigen, wenn sie ohne Zucker Schäden erleiden. Essen müssen wir, aber lauren mit Zucker „verbesserten“ Wein brauchen wir nicht zu trinken.

Auch das Kriegs-ernährungsamt scheint nur in ungenügender Weise zu erfahren, welche Stimmung in der deutschen Volksseele manche seiner Maßnahmen hervorgerufen haben. Ist es denn wirklich so schwer, Fehler in unserer Nahrungsmittelpolitik zu vermeiden, die der breiten Masse die ungeheure Last, die sie jetzt zu tragen hat, noch schwerer machen? Was hat man doch alles von dem Kriegs-ernährungsamt erhofft und wie wenig ist erreicht! Auch die besten Bewirtschaftungsreden täuschen darüber nicht hinweg.

Das Wachstum des deutschen Viehbestandes.

Nach den „Mitteilungen aus dem Kriegs-ernährungsamt“ läßt sich nach der Viehzählung am 1. September ein bedeutsames Anwachsen der wichtigsten Viehgattungen verfolgen.

Die Gesamtzahl der Schweine im Deutschen Reich hat vom 15. April 1916 bis zum 1. September 1916 um nicht weniger als 3 923 906 oder 29,4 Prozent zugenommen. Davon sind Schweine unter 1/2 Jahr alt 2 149 594, Schweine über 1 Jahr alt 400 463, insgesamt 3 923 906. Am 1. September waren 17,3 Millionen Schweine vorhanden gegen 21,8 Millionen im Juni 1913. Freilich ist die Zahl der älteren, bald schlachtreif werdenden Schweine heute sehr viel geringer als im Jahre 1913, so daß eine erheblich bessere Versorgung mit Schweinefleisch und Schweinefett zunächst trotz der Vermehrung der Gesamtzahl nicht zu erwarten ist.

Unser Rindviehbestand weist ebenfalls ein Wachstum auf und läßt nach Ueberwindung der schweren Folgen der vorjährigen Mitternte eine allmähliche Weiterentwicklung erhoffen. Der Rindviehbestand des Deutschen Reiches belief sich am 1. September 1916 auf insgesamt 20 338 950 gegenüber 19 922 183 am 15. April. Die Zunahme betrug demnach 416 767 oder 2,1 Prozent. Gegenüber der Viehzählung am 1. Dezember 1913, die eine Gesamtzahl des Rindviehes von 20 994 000 ergab, beträgt die Abnahme nur 3,1 Prozent. Auch die Zahl der Kälber unter drei Monaten hat zugenommen. Daß in dem überaus harten Winter 1915/16 der Rindviehbestand so gut durchgeführt werden konnte, ist kein geringes Verdienst der deutschen Landwirte.

Allerdings muß man sich, zumal bei dem überaus knappen Kraftfutter, auch weiterhin auf Knappheit an Milch, Butter und Fleisch gefaßt machen.

Zwanzigtausend deutsche Menschen ohne Staatshilfe, ja gegen die russische Staatsmacht bei einer Kapitalverzinsung von 8 bis 10 Prozent so angehebelt zu haben, daß der Erlös in allen Fällen ein überraschend großer ist — wie das möglich wurde, das schildert der baltische Rittergutsbesitzer Silvio Broedrich auf Rummahnen in seiner Arbeit: „Siedlungsarbeit im Osten“ im neuesten Heft des „Jahrbuchs der Bodenreform“.

Ein ernstes Wort, das in unserer großen Uebergangszeit nicht nur für Kurland Bedeutung erheischt.

Fettmangel herrscht auch in Frankreich, wie die sozialistische „Humanité“ klagt. Der „Vorwärts“ führt aus diesem Blatte folgende Sätze an: Seit Kriegsausbruch hat sich die Lage stark verschoben. Die Abnahme der Milchflüsse um 20 Prozent fällt zusammen mit dem Mehrverbrauch der Milch. Die Butterproduktion ist um 30 Prozent gesunken. In ähnlicher Weise scheint der Schweinebestand abgenommen zu haben, was die zur Verfügung stehende Fettmenge auf etwa 100 000 T. sinken ließ.

hier ebenfowenig wie in allen anderen Dingen dem ungenügenden Vorrat abhelfen. Butterhöchstpreise in den Produktionszentren würden zwar die Boykottierung des Pariser Marktes zur Folge haben, auf keinen Fall aber die 3 Millionen Kilo erfassen, die monatlich der Produktion fehlen.

Abhilfe erblickt das französische Blatt in der Verwertung der in den Schützengraben fortgeworfenen Fettmengen. Jedenfalls aber zeigt die Mitteilung, daß die Ernährungsverhältnisse auch in Frankreich sehr mäßig sind, obgleich es nicht unter englischer Aushungerungsmut zu leiden hat.

Aus dem Verbands.

Berlin. Die 588. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltung findet am Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 5 Uhr, in der Ilrania, Raubenstr. 48-49, statt. Zum Vortrag gelangt das Thema: „Die Bagdadbahn“ mit Lichtbildern nach eigenen Aufnahmen von dem Forschungsreisenden Rudolf Zabel.

Versammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewervereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewervereine, Greifswalder Straße 221-23. Nächste Zusammenkunft Mittwoch, 8. November, abends 8 1/2 Uhr. — Rentiergehilfen-Verein Groß-Berlin (Ortsverein II G.-D.). Sitzung jed. 2. u. 4. Dienstag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, im Restaurant Geese, Holzmarktstr. 5. Die beiden anderen Dienstage Sitzung, Lüchowstr. 93 5. Geredt: — Sonnabend, den 21. Oktober 1916. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Abends 8 1/2 Uhr im „Nordwest-Kaffee“, Alt-Moabit 66. Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr Besichtigung der Zentralfische, Zentralmarkthalle. — Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin XIII. Abends 8 1/2 Uhr, Schönhäuser Allee 57 bei Klingebiel. — G.-D. daselbst.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertretersitzung in Durpops Gesellschaftshaus, Bremen a., Kellenstr. — Cottbus (Distrikterklub). Sitzung jed. 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstraße 42. — Danzig (Ortsverband). Gemeindefarre Versammlungen aller Berufs jenen Sonnabend vor dem 1. des Monats, abends 8 1/2 Uhr im Schuhmacher-Gewerkschaftshaus, Borßtditticher Graben 9. — Dessau. Gewervereins-Biedertafel jeden Mittwoch, abends 8 1/2—11 Uhr, Liebigstraße im Vereins-„Hafen“, Marktstr. — Elberfeld-Barmen (Ortsverb.). Jeden letzten Sonnabend

im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertretersitzung b. Roggenkämper, Elberfeld, Ruisenstr. — Erfolge (Ortsverb.). Jeden Freitag von 8—10 Uhr Liebungstunde im Vereins-„Richtstr. 16. Verbandskollegen herzgl. willkommen! — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertretersitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abds. 8—8 1/2 Uhr, Distrikterklub im Vertretersklub von G. Simon, Alter Markt. — Gera (Ortsverb.). Jeden 8. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Distrikterklub bei Ludewigs. — Hamburg (Ortsverb.). Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverbandsvertreteritz. b. Rose, Geseinstr. — Hamburg (Niederstraße). Jeden Montag von 10 bis 11 Uhr bei Wrell, Ragerstraße 2. — Hamburg (Gewervereins-Biedertafel). Jed. Donnerstags Liebungst. b. Thonert in Altona, Eimsbüttelstr. 48-50. — Iserlohn. Distrikterabend jed. 3. Mittwoch im Monat, abends pünktl. 8 1/2 Uhr b. D. Hüppe, Rendsberrstr. 5. — Leipzig (Gewervereins-Biedertafel). Die Liebungstunden finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereins-„Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Leipzig (Ortsverb.). Donnerstag, den 26. Oktober, abends 9 Uhr Vertretersitzung im Verbandslokal „Stadt Hannover“. Sonntag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Verbandslokal. L.-O. u. a.: Vortrag des Bezirksleiters E. Sauer. Leipzig. — Rühlheim-Ruhr. Jeden 1. Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertretersitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 98. — Ortsverband für das obere Rennegebirg. Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 4 Uhr in Regen bei Bogelheim Ortsverbands-Versammlung. — Stettin (Singerchor der Gewervereine). Die Liebungstunden finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen! — Tegel Distrikterklub f. Tegel, Vorstigaude u. Reinholdsdorf). Sitzung jeden Dienstag, abends 8—10 Uhr bei Römer, Schlieperstr. 28, Ecke Schönbergstraße. — Törsen (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Bauernstraße 62. — Wetzlar (Distrikterklub). Jeden Donnerstag, abds. von 8 1/2—10 1/2 Uhr Distrikterabend b. Kolleg. Schönel. — Wanne (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Vierteljahr, nachm. 4 Uhr Versammlung bei der Vereinsleiterin Frau Robbert (Ehrenge Wanne-Güdel), Viktoriastraße 86. — Weisfeld a. S. (Gefang. „Garnison“ der Deutschen Gewervereine). Liebungstunde jeden Mittwoch, abends von 8 1/2—11 Uhr im Vereinslokal „Rostergarten“. Gefangene Gewervereinskollegen stets willk. — Worms (Ortsverband). Gefangensabteilung der vereinigten Gewervereine (G.-D.) jeden Montag, abends 9 Uhr Singstunde im Verbandslokal „Reintal“.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Gera (Ortsverband). Walter Schmidt, Schriftführer, Gera-Unternhaus, Moritz Semmelstr. 10.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Unterhaltungsabend
am Sonntag, den 19. November 1916,
im großen Saale des Verbandshauses,
Berlin NO., Greifswalderstr. 221-23.

Gerta und Hans Schmid-Rahjer
bringen Lieder zur Laute, Duette, sowie Regitationen heiteren und ernsten Inhalts zum Vortrag.

Der Ueberschuß soll zum Besten der Hinterbliebenen unserer im Kriege gefallenen Kollegen
aus Groß-Berlin Verwendung finden.

Eintritt 50 Pf. einschließlich Garderobe!
Saalöffnung 8 Uhr. Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr.

Nicht nur wegen des guten Zweckes, sondern auch in Anbetracht der hervorragenden Darbietungen des Künstlerpaars darf wohl auf ein volles Haus gerechnet werden.

Soziale Kommission der Deutschen Gewervereine Groß-Berlins (G.-D.).

Der Zentral-Arbeitsnachweis
der Berliner Ortsvereine (Arzt-Drucker)
NO. 55, Greifswalderstraße 221-23
wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.
Vorsprecher: Amt Alexander, Nr. 4709.

Bremen. Die Auszahlung der Reisegelder der Ortsvereine und des Ortsverbandsgefesels geschieht auf dem Sekretariat, Dürenstr. 3.

Breslau (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausgezahlt beim Ortsverbandsgefeselt, Herrmann Gansel, Neumarkt 28.

Schöneberg (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Nachquartier und Verpflegung im „Schloß zum goldenen Haß“.

Sprottau-Gulau (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereiner erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. beim Verbandskassierer Kollegen P. Schiener in Sprottau, Wlogauerstraße 10 Arbeitsnachweis ebenfalls.

Brandenburg (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgefeselt in Höhe von 50 Pf. beim Kassierer Heinrich Brekau, Kl. Gurtenstr. 48.

Orlitz (Ortsverb.). Durchreisende Arbeitslose erh. Unterstützung bei Heinrich Hoffmann, Lutherstraße 88, IV.

Elppstadt (Ortsverband). An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 75 Pf. gezahlt bei J. Kleine, Bötenförderstr. 21.

Schmölln (Ortsverband). Allen durchreisenden Gewervereinskollegen wird ein Ortsverbandsgefeselt von 60 Pf. gezahlt beim Ortsverbandskassierer Emil Schanelle, Hermannstr. 12.

Dortmund (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten Ortsgefeselt, Gewervereinsbureau, Krimstr. 7. Dasselbe befindet sich auch d. Arbeitsnachweis.

Gegen. i. B. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgefeselt von 75 Pf. beim Kassierer Fritz Emde, GutsMuthstr. 8a II.

Bromberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten 75 Pf. Ortsgefeselt bei dem Ortsverbandskassierer Kollegen Heindke, Elisabethmarkt 7.

Cottbus (Ortsverband). Infolge der Berge befindet sich im Schloss zum heiligen Hof, Laubenstraße 19, in der Nähe des Bahnhofs. Durchreisende Kollegen erhalten Geldgefeselt bei den Ortsverbandskassierern und für den Ortsverband bei Kollegen E. Söllner, Euterstr. 4.

Hypolda (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Sozialunterst. bei Rummel, Zoppstraße 11.

Saarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsverbandskassierern oder im Sekretariat Saarbrücken, Neumarktstr. 42.

Iserlohn u. Umgeg. (Ortsob.). Die Reiseunterst. ig von 1 Mk. wird ausgezahlt beim Kollegen Salbach, Iserlohn, Linnaerstr. 19.

Magdeburg (Pauhanwerker), 75 Pfennig im Bureau, Rathenstraße 2/8 II.

Lexikon des Arbeitsrechts
in Verbindung mit
Felix Claus, Hermann
Hog, Hermann Zuppe
herausgegeben von
Alexander Eiser.

Verlag von Gustav Fischer
in Jena.

Wer sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will findet in diesem praktischen Lexikon in knapper Darstellung jede gewünschte Information. Größere Bibliotheken, Arbeitersekretäre, Sozial- und Agitationsbeamte der Arbeiterbewegung sollten sich in den Besitz des Buches setzen. Gegen Einzahlung des Kopienpreises von 4,90 Mk. pro Exempl. in gut. Einwandbeim. n. Nachtrag erfolgt frank. Zusendung. Das Geld ist an unsern Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/28 zu senden. Die Bestellung ist auf den Postabschnitt zu schreiben.

Wetzlar. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Wilh. Koffa, Rottbühlstraße 16.

Romawes. Ortsverbandsgefeselt für durchreisende Kollegen bei G. Pater, Friedr. Rüdolphstr. 18.